

Zur Kanzlerkrise.

Die Kundgebung Kaiser Wilhelms, daß unter Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten die Stetigkeit der Politik gesichert bleiben soll, hat im ganzen Reiche und über seine Grenzen hinaus einen tiefen Eindruck gemacht, wie aus den mannigfachen Blätterstimmen hervorgeht.

So schreibt der Hamburger Korrespondent: „Eine große Gefahr ist am deutschen Volke vorübergegangen. Ihm drohte der Verlust des Verhältnisses, das zwischen Krone und Volk bestehen muß, wenn die Monarchie erprießlich wirken und überhaupt möglich bleiben soll. Wir haben am Rande des Abgrundes gestanden, sind ihm aber entronnen. Heute fühlen wir uns wieder auf einem Wege, der nicht nur zum sichern Hafen, sondern vielleicht zu einem neuen Aufschwung führen kann.“

Die Königsberger Hartungische Zeitung schreibt: „Die tiefe persönliche Verstimmung, die den Träger der Krone des Deutschen Reiches ergriffen hat, hat ihm den Blick nicht zu betören vermocht für das Recht, das auf des Volkes Seite stand. Es ist ein Entschluß, der Zeugnis davon ablegt, daß es, mögen die Wege des Kaisers auch nicht immer die richtigen sein, mag Temperament und die Idee seiner Mission ihn auch mitunter fehl leiten, für ihn nur ein unüberwindliches Ziel gibt: das Wohl und die Größe des deutschen Vaterlandes.“

Die Augsburger Abendzeitung, die von dem Anfang der Krise an in der schärfsten und rückhaltlosesten Weise Kritik geübt hat, betrachtet es als eine Ehrenpflicht, hier festzustellen, daß der Kaiser zur Lösung des Konfliktes alles getan hat, was man billigerweise von ihm erwarten konnte.

Nur wenige Blätter, unter ihnen das Berl. Tagebl., der Vorwärts und der Bayer. Kurier sind mit dem Ergebnis der Unterredung zwischen dem Kaiser und dem Kanzler nicht zufrieden. Das Tageblatt sagt in einem längeren Artikel: „Das ist alles, was Fürst Bismarck dem deutschen Volke aus Potsdam hat mitbringen können?“

Auch im Ausland hat man mit Spannung der Aussprache zwischen Kaiser und Kanzler entgegengelesen. Mit Genugtuung kann festgestellt werden, daß die meisten Blätterstimmen außerhalb des Reiches ihre Befriedigung über die Verständigung der Krise äußern. Die Neue Freie Presse, Österreichs bedeutendstes Organ, nennt den Tag der Aussprache im Neuen Palais einen glückverheißenden Tag für alle, für die Krone, für das Volk und für den Kanzler. Das Blatt wünscht, daß das Ergebnis dieser Aussprache sich dauernd in der äußeren und inneren Reichspolitik bewähren zu gleichem Vorteil für Kaiser und Reich.

Das Neue Wiener Tageblatt schreibt: „Am Ende der Krise kann Deutschland in sein politisches Hauptkapitel aufs neue ein bedeutungsvolles Kapitel eintragen.“

Das Londoner Blatt, von dem der Aufstoß zur Unruhe der letzten Wochen kam, der Daily Telegraph, schreibt: „Die persönliche Bewunderung der Engländer für den Kaiser werde gewiß durch seine Haltung gegenüber dem Reichskanzler erhöht werden, dessen Vorgehen in einer Zeit besonderer Schwierigkeiten aber jedes Lob erhaben sei. Er habe bewiesen, daß er einer jener treuen Ratgeber sei, die die besten Stützen und Pfeiler der Krone bilden.“

Die französischen Zeitungen äußern sich in derselben Weise. Bemerkenswert sind noch die italienischen Pressestimmen, weil sie freundschaftlicher als in den letzten Monaten klingen. Die vielgelesene und einflussreiche Tribuna widmet der Verständigung der Krise einen längeren Artikel, in dem es u. a. heißt: „In der Unterredung des Deutschen Kaisers mit dem Reichskanzler wurde nicht nur die konstitutionelle Krise besprochen, sondern auch das Gebiet der internationalen Politik von jeder Gefahr einer Überreichung und von jedem Verdacht unvorhergesehener Verwicklungen befreit. Die Note des Reichsanzeigers muß daher nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa zur Genugtuung gereichen.“

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Kaiser Wilhelm wird anfangs Dezember zum Besuch des Herzogs Ernst Günther von Schleswig-Holstein in Brimmenau eintreffen.

* Die Ausführungen des Reichskanzlers Fürsten v. Bismarck im Reichstage über die Reichsfinanzreform haben in Paris ein lebhaftes Echo gefunden und zur Klärung dort herrschender, irrtümlicher Ansichten wesentlich beigetragen. Die Ausführungen des Reichskanzlers über die finanzielle Lage Frankreichs werden in Paris als durchaus zutreffend bezeichnet.

* Das Vanden deutscher Ballons in Frankreich ist jetzt zum Gegenstand diplomatischer Unterhandlungen gemacht worden, da in weiten Kreisen der Republik über die in letzter Zeit sich oft wiederholenden Landungen eine tiefgehende Verstimmung herrscht. Mehrere Blätter halten nämlich eine hohe Besteuerung solcher Ballons vorge schlagen. Reichskanzler Fürst v. Bismarck hat aber dem französischen Botschafter die verbindende Zusage gemacht, daß Maßnahmen zur Verhütung weiterer Landungen bereits getroffen seien. Die Verhandlungen über diesen Gegenstand bewegen sich in lebenswürdigen Formen.

* Der Bundesrat hat einen großen Teil des Reichs-Etats für 1903 genehmigt.

* Handelsminister Delbrück sprach sich im preuß. Landtage bei Beantwortung der Interpellation wegen des Unglücks auf See „Mabod“ gegen die Einführung von Arbeiterkontrollen sowie gegen ein Reichsberggesetz aus. Der Minister meinte, auch die Arbeiterkontrollen seien nicht in der Lage, wirksam zu kontrollieren.

Österreich-Ungarn.

* Zu Ehren des in Wien weilenden rumänischen Thronfolgers fand in der Hofburg eine Festtafel statt, bei der Kaiser Franz Joseph und Prinz Ferdinand sehr herzliche Trinksprüche austauschten.

Frankreich.

* Der Kriegsminister Picquart kündigt in der Kammer die Vorlegung eines Gesetzesentwurfes an, der die Auszeichnung von Automobilen, die für Kriegszwecke brauchbar sind, vorsieht.

England.

* In einer Rede über die auswärtige Politik führte der Minister des Äußeren, Grey, im Unterhause aus, daß der Marokko-Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich in einer Weise beigelegt worden sei, die Vertrauen und Achtung zwischen beiden Nationen erhöhe.

* Im Unterhause wird demnächst ein freihandelsrechtliches Unterichtsgesetz eingebracht werden.

Balkanstaaten.

* Die Kriegsvorbereitungen auf dem Balkan werden eifrig fortgesetzt. Die Serben gegen Österreich, so rüstet die Türkei offenbar gegen Bulgarien. Und Bulgarien macht sich natürlich zur Abwehr bereit. In eingeweihten Kreisen will man wissen, daß die Balkanvölker bereit seien, im kommenden Frühjahr unter allen Umständen eine Neuordnung der Dinge mit Waffengewalt herbeizuführen. Man wird also jedenfalls zunächst den Verlauf der Konferenz abwarten und, falls ihr Ergebnis nicht ein alle Teile befriedigendes ist, den Kampf beginnen. Bemerkenswert ist, daß bei einem etwaigen Kriege das kleine Montenegro tatsächlich auf Seite Serbiens kämpfen wird.

* Das rumänische Parlament ist für den 28. November zu einer ordentlichen Session einberufen.

Asien.

* Allen Anschein nach wird der Thronwechsel in China nicht ohne schwere Erschütterungen für das Land bleiben. In der englischen Kolonie Singapur ist es aus Anlaß des Todes der Kaiserinwitwe bereits zu

ersten Ruhestörungen gekommen. In Burma hatten 30 000 Chinesen gegen die Thronfolge Pünis Einspruch erhoben. Die Unruhen dehnten sich auf Singapur aus.

Deutscher Reichstag.

Am 19. d. steht auf der Tagesordnung die erste Lesung der Reichsfinanzreform.

Reichskanzler Fürst Bismarck führt etwa folgendes aus: Wir stehen heute vor einem schwierigen Problem. Bei der Gründung des Reiches hat man das Haus nicht bis ins kleinste einrichten können; die Sicherung unserer Machtstellung, die Durchführung unserer Wirtschaftspolitik, verbunden mit einer gründlichen sozialpolitischen Reform, große Aufgaben auf dem Gebiete der Rechtspflege, die Kolonialpolitik und die Notwendigkeit, eine starke Flotte zu schaffen, all diese Probleme ließen Deutschland bisher nicht zu einer Einschränkung seiner Ausgaben kommen. Die Finanzfrage trat immer an die zweite Stelle. Man bürdete alle Lasten der Zukunft auf uns und wir mußten nun Ordnung schaffen. Emporkömmlinge, sind im allgemeinen unbedacht, so auch Deutschland, die jüngste der Großmächte. Ihre Gegner hätten halte ich jedoch nicht für unüberwindlich. Manche Gegenstände werden sich mildern; ich sehe keine nahe Kriegsgefahr. Was wir brauchen, ist Ratsamkeit, Fortschrittsgeist, Stetigkeit, Ruhe nach außen und im Innern. Darin, wie sich unsere Wehrhaftigkeit, auch die finanzielle, dem Auslande darstellt, darin liegt eine Gefahr, eine wirkliche Gefahr. Wir müssen deshalb jetzt finanziell reinen Tisch machen. Der Kanzler verbreitet sich dann über den tiefen Durcheinander unserer Anleihen, an denen gegenüber dem Emmissionspreis 111 Millionen Mark verloren worden seien. Es handelt sich bei der jetzigen Finanzreform nicht wie in früheren Jahren darum, ein paar neue Steuern zu bekommen, sondern wir wollen und müssen ganze Arbeit machen. Wir hatten 1878: 130 Millionen, 1888: 884 Mill., und 1903: 4400 Mill. M. Schulden; mehr als eine Milliarde steigt wieder für das nächste Jahr in Aussicht. Doch das deutsche Volk hat genug für neue Lasten zu tragen, daran zweifelt überhaupt unter Grenzen kein Mensch in der Welt. Wir alle wissen, daß in Deutschland jährlich über drei Milliarden in Bier, Wein und Branntwein genossen werden, daß wir die billigsten und preiswertesten Zigarren der Welt rauchen. Unser jährlicher Zuwachs an Nationalermögungen wird auf 4 Milliarden geschätzt. 500 Millionen Mark neuer jährlicher Sparfahrsparnisse sind vorhanden, 150 Mill. M. Einlagen bei Genossenschaftsbanken. Die Gesamtsumme der Einlagen der Sparfassen beträgt mehr als zwölf Milliarden. Der Wert der Privatbesitz bei den Banken steigt jährlich um 400 Millionen Mark. Ein solches Land ist nicht arm, ein solches Land kann noch stärkere Lasten tragen, wenn das Ansehen des Landes, wenn unsere Sicherheit es erfordert. Aber wir würden einen moralischen Bankrott erleiden, wenn wir nicht ein für allemal mit der Schuldenwirtschaft brechen. Erste Vorbedingung dafür ist die Rückkehr zur Sparsamkeit. Es ist bei uns eine Zeit des Luxus und der Überschätzung des materiellen Genusses eingetreten, die jeden mit erster Sorge erfüllen muß. Wir müssen alle in allen Stellen zurück zu größerer Sparsamkeit und Einfachheit. Auch in unsere Finanzwirtschaft muß ein neuer Geist einziehen. Die veränderten Verhältnisse sind der Zurechtweisung, daß jetzt keine Zeit ist zum Ärgern und Lamentieren über die neuen Steuern, sondern daß das große Problem dringlich in einer Form gelöst wird, die eines starken, friedlichen, vortwärtstrebenden und großen Volkes würdig ist.

Schatzsekretär Sydow zählt in nahezu vierstündiger Rede die Einzelziffern in Einnahmen und Ausgaben auf, aus denen sich der Fehlbetrag des nächsten Jahreszusammenstellt und geht dann auf die einzelnen Steuerarten ein. Der Schatzsekretär wendet sich zunächst zur Branntweinbesteuerung, bei der das Zwischenhandelsmonopol als das zweckmäßigste erkläre. Für den Tabak sei die Verbrauchsabgabe in Form der Verbrauchssteuer verwirklicht worden. Beim Bier habe man die bisherige Form der Stapelsteuer gewählt, um eine Abmilderung der Steuer auf die Konsumenten zu verhindern. Die Beschränkung der Weinsteuer auf den Flaschenwein bedeute eine Schonung der Kleinen. — Die Elektrizitäts- und Gassteuer können von der sich außerordentlich stark entwickelnden Beleuchtungsindustrie sehr wohl getragen werden. Die Bedenken gegen die Interzessionssteuer wären nicht stichhaltig. Der Schatzsekretär hält auch die viel angefeindete Erbschaftsteuer für berechtigt. Wenn ein großes Erbe zufällt, ist von dem größten Teile der Bevölkerung begünstigt. Der „Häufelstein“ könne durch die Steuer keineswegs geschädigt werden. — Wenn auch nicht dem Reichen so zuvörderst sei wie neue Steuern, schließt der Redner, müsse man sich doch fragen, woher soll das nötige Geld kommen, wenn diese Steuern abgelehnt werden.

Abg. Geyer (soz.) führt aus: Der Kanzler sprach von Stetigkeit der Gesamtpolitik. Aber es hat und keinerlei Mittelungen über seine jüngste Unterredung mit dem Kaiser gemacht. Die persönliche Politik des Kaisers hat zu den ungeheuren Ausgaben für den Militarismus zu Lande und Wasser geführt, die Unversicherheit des persönlichen Regiments erzeugt Unruhe im Äußeren und Innern und bringt das Reich in Gefahr. Das Volk verlangt Garantien und der Reichstag darf doch keinen Pfennig an neuen Steuern bewilligen, ohne nicht volle Garantie dafür hat, daß alle politischen Unternehmungen nur mit seiner vorherigen Zustimmung begonnen werden. Wir verstehen unter einer wirksamen und gerechten Finanzreform etwas ganz anderes, als Schuldentilgung, Kostgleich in Staatsausgaben und Einnahmen und Regelung der Matrifalarbeiträge. Wir verstehen darunter vielmehr gerechte Verteilung der Lasten! Und diesem Zweck dienen nicht die indirekten Steuern, sondern nur die direkten Steuern. Wir verlangen Reichseinkommen- und Reichsvermögensteuern, 20 Prozent Steuer auf das Einkommen von Millionen gehalteten diesen immer noch einen Luxus, ich möchte sagen ein Überleben. Redner wendet sich besonders gegen die Besteuerung des Tabaks, die ein Fünftel der Arbeiter brotlos machen würde.

Fürst v. Bismarck (freilich) bemerkt: Will unruhr Schuldenwirtschaft darf es nicht so weiter gehen, sie hat unser Ansehen im Auslande schon schwer geschädigt. Sie (nach links) mögen sich drehen und wenden wie Sie wollen, eine hohe Summe, 500 Millionen, ist durch direkte Steuern allein nicht zu beschaffen. Alkoholische Getränke und Tabak müssen herhalten. Ist das deutsche Volk reich genug, alljährlich 2½ Milliarden durch die Krone rinnen zu lassen, so ist es auch reich genug, noch etwas dafür zu bezahlen. Antiquarisch bleibt aber die Nachlasssteuer meinen politischen Freunden, und diese sind deshalb bereit, irgend einer anderen Form für die Besteuerung des Vermögens zuzustimmen.

Abg. Raab (wirtsch. Bgg.): 500 Millionen jährlich auf einem Brett! Es wird schwer werden, davon etwas heranzubringen. Wir wollen unsere Finanzminister abheften, ohne erst zu fragen, wo die Schulden hinführen, die uns hineingeführt haben. Der Reichstag ist auch ein Stück Mittelstandspolitik. Von der Zigarren-Verbrauchssteuer sind schwere soziale Folgen zu befürchten. Für die höhere Wehrsteuer sind wir zu haben, wenn dafür gelogert wird, daß sie wirklich die Konsumenten trifft. Bei der Weinsteuer beobachten wir, daß sie nur eine Flaschensteuer ist. Die Eingehalten müssen wir hier genau prüfen, damit nicht etwa die kleinen Landwirte geschädigt werden. Die Nachlasssteuer ist annehmbar, wenn die untere Grenze auf 100 000 M. hinausgehoben wird. Elektrizitäts- und Gassteuer wäre zu billigen, wenn sie nur Luxussteuer wäre, aber sie schädigt die Kleinen. Gewerbesteuer und die Interzessionssteuer ist nur in einer Form bewilligbar, die lediglich die unpolitischen Interzessionsplantagen trifft. Zu überlegen wäre ein Verbrauchsmonopol und ein Staatsmonopol für Rohstoffe, das Staatsmonopole sind noch immer viel besser als die gegenwärtigen Privatmonopole in Petroleum und Kohle. Auch eine Dividendensteuer empfehlen wir, daneben Luxussteuern, gleichsam als Verhältnungssteuer.

Am 20. d. macht der Präsident Graf Stolberg die Mitteilung, daß er von dem Präsidenten des westfälischen Abgeordnetenhauses ein Schreiben über die von diesem veranlassete Sympathie Kundgebung mit Anlaß des Grabmalgedächtnisses auf Seebein erhalten habe.

Darauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein betr. die Interpellationen wegen der Guben-Katastrophe. Die Debatte wird jedoch auf Dienstag vertagt, da der Staatssekretär des Innern erklärt, mit Rücksicht auf Verhandlungen im preussischen Abgeordnetenhause die Interpellationen nicht früher beantworten zu können.

Das Haus legt darauf die erste Lesung der Reichsfinanzreform und Steuerpolitik lagen fort.

Abg. v. Richthofen legt den Standpunkt der Konfessionen dar, indem er ausführt: Ich glaube nicht, daß die Bekämpfung von 500 Millionen so hoch gegriffen ist, ja ich teile sogar die Befürchtung, daß das Defizit mit 500 Millionen eher zu knapp, als zu hoch bemessen ist. Ein erheblicher Teil meiner Freunde hat besondere Bedenken gegen die Erbschaftsteuer, behält sich aber das endgültige Urteil vor. Redner gibt im großen und ganzen sein Verständnis mit den Steuerordnungen zu erkennen, lehnt aber jedes Monopol im Brennereigewerbe ab. Dagegen habe ich im Namen aller meiner politischen Freunde zu erklären, daß wir uns mit der Nachlasssteuer nicht befreunden können. Als letztes Mittel bleibt uns immer noch eine weitere Veranzierung der Matrifalarbeiträge, mag dieses Mittel auch noch so unangenehm sein.

Abg. Geyer (soz.) führt aus: Der Kanzler sprach von Stetigkeit der Gesamtpolitik. Aber es hat und keinerlei Mittelungen über seine jüngste Unterredung mit dem Kaiser gemacht. Die persönliche Politik des Kaisers hat zu den ungeheuren Ausgaben für den Militarismus zu Lande und Wasser geführt, die Unversicherheit des persönlichen Regiments erzeugt Unruhe im Äußeren und Innern und bringt das Reich in Gefahr. Das Volk verlangt Garantien und der Reichstag darf doch keinen Pfennig an neuen Steuern bewilligen, ohne nicht volle Garantie dafür hat, daß alle politischen Unternehmungen nur mit seiner vorherigen Zustimmung begonnen werden. Wir verstehen unter einer wirksamen und gerechten Finanzreform etwas ganz anderes, als Schuldentilgung, Kostgleich in Staatsausgaben und Einnahmen und Regelung der Matrifalarbeiträge. Wir verstehen darunter vielmehr gerechte Verteilung der Lasten! Und diesem Zweck dienen nicht die indirekten Steuern, sondern nur die direkten Steuern. Wir verlangen Reichseinkommen- und Reichsvermögensteuern, 20 Prozent Steuer auf das Einkommen von Millionen gehalteten diesen immer noch einen Luxus, ich möchte sagen ein Überleben. Redner wendet sich besonders gegen die Besteuerung des Tabaks, die ein Fünftel der Arbeiter brotlos machen würde.

Fürst v. Bismarck (freilich) bemerkt: Will unruhr Schuldenwirtschaft darf es nicht so weiter gehen, sie hat unser Ansehen im Auslande schon schwer geschädigt. Sie (nach links) mögen sich drehen und wenden wie Sie wollen, eine hohe Summe, 500 Millionen, ist durch direkte Steuern allein nicht zu beschaffen. Alkoholische Getränke und Tabak müssen herhalten. Ist das deutsche Volk reich genug, alljährlich 2½ Milliarden durch die Krone rinnen zu lassen, so ist es auch reich genug, noch etwas dafür zu bezahlen. Antiquarisch bleibt aber die Nachlasssteuer meinen politischen Freunden, und diese sind deshalb bereit, irgend einer anderen Form für die Besteuerung des Vermögens zuzustimmen.

Abg. Raab (wirtsch. Bgg.): 500 Millionen jährlich auf einem Brett! Es wird schwer werden, davon etwas heranzubringen. Wir wollen unsere Finanzminister abheften, ohne erst zu fragen, wo die Schulden hinführen, die uns hineingeführt haben. Der Reichstag ist auch ein Stück Mittelstandspolitik. Von der Zigarren-Verbrauchssteuer sind schwere soziale Folgen zu befürchten. Für die höhere Wehrsteuer sind wir zu haben, wenn dafür gelogert wird, daß sie wirklich die Konsumenten trifft. Bei der Weinsteuer beobachten wir, daß sie nur eine Flaschensteuer ist. Die Eingehalten müssen wir hier genau prüfen, damit nicht etwa die kleinen Landwirte geschädigt werden. Die Nachlasssteuer ist annehmbar, wenn die untere Grenze auf 100 000 M. hinausgehoben wird. Elektrizitäts- und Gassteuer wäre zu billigen, wenn sie nur Luxussteuer wäre, aber sie schädigt die Kleinen. Gewerbesteuer und die Interzessionssteuer ist nur in einer Form bewilligbar, die lediglich die unpolitischen Interzessionsplantagen trifft. Zu überlegen wäre ein Verbrauchsmonopol und ein Staatsmonopol für Rohstoffe, das Staatsmonopole sind noch immer viel besser als die gegenwärtigen Privatmonopole in Petroleum und Kohle. Auch eine Dividendensteuer empfehlen wir, daneben Luxussteuern, gleichsam als Verhältnungssteuer.

Abg. Raab (wirtsch. Bgg.): 500 Millionen jährlich auf einem Brett! Es wird schwer werden, davon etwas heranzubringen. Wir wollen unsere Finanzminister abheften, ohne erst zu fragen, wo die Schulden hinführen, die uns hineingeführt haben. Der Reichstag ist auch ein Stück Mittelstandspolitik. Von der Zigarren-Verbrauchssteuer sind schwere soziale Folgen zu befürchten. Für die höhere Wehrsteuer sind wir zu haben, wenn dafür gelogert wird, daß sie wirklich die Konsumenten trifft. Bei der Weinsteuer beobachten wir, daß sie nur eine Flaschensteuer ist. Die Eingehalten müssen wir hier genau prüfen, damit nicht etwa die kleinen Landwirte geschädigt werden. Die Nachlasssteuer ist annehmbar, wenn die untere Grenze auf 100 000 M. hinausgehoben wird. Elektrizitäts- und Gassteuer wäre zu billigen, wenn sie nur Luxussteuer wäre, aber sie schädigt die Kleinen. Gewerbesteuer und die Interzessionssteuer ist nur in einer Form bewilligbar, die lediglich die unpolitischen Interzessionsplantagen trifft. Zu überlegen wäre ein Verbrauchsmonopol und ein Staatsmonopol für Rohstoffe, das Staatsmonopole sind noch immer viel besser als die gegenwärtigen Privatmonopole in Petroleum und Kohle. Auch eine Dividendensteuer empfehlen wir, daneben Luxussteuern, gleichsam als Verhältnungssteuer.

Abg. Raab (wirtsch. Bgg.): 500 Millionen jährlich auf einem Brett! Es wird schwer werden, davon etwas heranzubringen. Wir wollen unsere Finanzminister abheften, ohne erst zu fragen, wo die Schulden hinführen, die uns hineingeführt haben. Der Reichstag ist auch ein Stück Mittelstandspolitik. Von der Zigarren-Verbrauchssteuer sind schwere soziale Folgen zu befürchten. Für die höhere Wehrsteuer sind wir zu haben, wenn dafür gelogert wird, daß sie wirklich die Konsumenten trifft. Bei der Weinsteuer beobachten wir, daß sie nur eine Flaschensteuer ist. Die Eingehalten müssen wir hier genau prüfen, damit nicht etwa die kleinen Landwirte geschädigt werden. Die Nachlasssteuer ist annehmbar, wenn die untere Grenze auf 100 000 M. hinausgehoben wird. Elektrizitäts- und Gassteuer wäre zu billigen, wenn sie nur Luxussteuer wäre, aber sie schädigt die Kleinen. Gewerbesteuer und die Interzessionssteuer ist nur in einer Form bewilligbar, die lediglich die unpolitischen Interzessionsplantagen trifft. Zu überlegen wäre ein Verbrauchsmonopol und ein Staatsmonopol für Rohstoffe, das Staatsmonopole sind noch immer viel besser als die gegenwärtigen Privatmonopole in Petroleum und Kohle. Auch eine Dividendensteuer empfehlen wir, daneben Luxussteuern, gleichsam als Verhältnungssteuer.

Abg. Raab (wirtsch. Bgg.): 500 Millionen jährlich auf einem Brett! Es wird schwer werden, davon etwas heranzubringen. Wir wollen unsere Finanzminister abheften, ohne erst zu fragen, wo die Schulden hinführen, die uns hineingeführt haben. Der Reichstag ist auch ein Stück Mittelstandspolitik. Von der Zigarren-Verbrauchssteuer sind schwere soziale Folgen zu befürchten. Für die höhere Wehrsteuer sind wir zu haben, wenn dafür gelogert wird, daß sie wirklich die Konsumenten trifft. Bei der Weinsteuer beobachten wir, daß sie nur eine Flaschensteuer ist. Die Eingehalten müssen wir hier genau prüfen, damit nicht etwa die kleinen Landwirte geschädigt werden. Die Nachlasssteuer ist annehmbar, wenn die untere Grenze auf 100 000 M. hinausgehoben wird. Elektrizitäts- und Gassteuer wäre zu billigen, wenn sie nur Luxussteuer wäre, aber sie schädigt die Kleinen. Gewerbesteuer und die Interzessionssteuer ist nur in einer Form bewilligbar, die lediglich die unpolitischen Interzessionsplantagen trifft. Zu überlegen wäre ein Verbrauchsmonopol und ein Staatsmonopol für Rohstoffe, das Staatsmonopole sind noch immer viel besser als die gegenwärtigen Privatmonopole in Petroleum und Kohle. Auch eine Dividendensteuer empfehlen wir, daneben Luxussteuern, gleichsam als Verhältnungssteuer.

Ein Irrtum des Herzens.

18) Originalroman von Franz Biber.

(Vortsetzung.)

Robert meinte, man müsse mit größeren Maßregeln bis zur Rückkehr des Hauptmanns warten, bis dahin aber genaue Wache halten. Da fiel sein Blick auf den vom Schlosse herführenden Weg und zu seinem Erstaunen sah er, daß eine schlanke Frauengestalt sich dem Hause näherte, und bevor er noch die Gesichtszüge unterscheiden konnte, ließ ihn eine innere Stimme die Dame erkennen, und eine heiße Blutwelle drängte sich stürmisch zu seinem Herzen und seine Wangen erglühten vor Erregung. Doch eine Minute genüge, um seine Sinne wiederzugewinnen, und mit unbeschreiblicher Hast trat er an die verschlossene Gittertür, um dieselbe dem Fräulein Olga Reinwald zu öffnen, indem er sie mit der Gewandtheit eines gebildeten Mannes begrüßte.

Olga erbleichte bei dem Anblick des Mannes, dem sie so viel Leid zugefügt hatte und schau und befangen schlug sie die Augen nieder.

Diesmal war Robert der stolzen Dame weit überlegen, und um der peinlichen Lage ein Ende zu machen, fragte er nach dem Begehren des Fräulein Reinwald, indem er hinzusetzte, daß sein Freund Berg es sehr bedauern werde, ihren Besuch verstoßen zu haben, denn er sei abwesend, doch wolle er sofort die alte Frau in Kenntnis von ihrer Anwesenheit setzen.

„Das ist unnötig,“ sagte Olga, „mein Besuch gilt nur Ihnen allein, denn ich habe mit Ihnen zu sprechen.“

Ganz erstaunt erwiderte Robert:

„Ich stehe dem Fräulein zur Verfügung,“ und lud sie mit einer Handbewegung ein, in das Haus zu treten, doch Olga sagte:

„Es wird mir leichter fallen, das, was ich ich Ihnen zu sagen habe, Ihnen in Gottes freier Natur mitzuteilen. Bleiben wir hier, oder noch besser, machen wir eine kleine Promenade durch den Wald.“

Schon waren Robert und Olga eine ziemliche Strecke weit gegangen, ohne daß ein Wort zwischen beiden gesprochen worden wäre.

Robert erwartete die Mitteilung des Mädchens und dieses suchte nach den richtigen Worten und fand, daß ihr großherziger Entschluß weit leichter zu fassen, als auszuführen war. Endlich begann sie leise und zögernd:

„Es drängt mich vor allem, Ihnen herzlich und aufrichtigen Dank zu sagen für die edle und zartfühlende Weise, in welcher Sie mich und meine Mutter unterstützten. Erst seit einigen Stunden weiß ich, wie tief wir in Ihrer Schuld stehen und welche Opfer Sie gebracht haben, um uns zu helfen.“

Hast unwillig erwiderte Robert:

„Ich verstehe nicht, Fräulein Olga, was Sie meinen, ich kann mich an keine Ihnen gebrachten Opfer erinnern, und muß daher Ihren Dank als unverdient ablehnen.“

„Niemand weiß das Partizipial in Ihrer Handlungsweise besser zu schätzen und zu würdigen als ich,“ erwiderte Olga mit warmem Tone; „aber nachdem ein Zufall mir einen Einblick in diese Handlungsweise gewährt hat, nachdem ich endlich den gebietnisvollen Kaiser

meiner mißlungenen Wider gefunden habe, ist Ihre stolze Zurückhaltung überflüssig geworden. Sie können den unigen Dank, den ich Ihnen schulde, zurückweisen, können aber trotzdem niemals das Gefühl der Dankbarkeit in mir erlösen. Nachdem Sie aber meinen Dank nicht nehmen wollen, so habe ich geringe Hoffnung, daß Sie mir eine Bitte gewähren werden.“

„Eine Bitte?“ fragte Robert, „was kann die geehrte Niemand des Grafen Dornegg von dem armen Robert West erbitten?“

Um den ironischen Stachel in diesen Worten zu mildern, setzte er warm und aufrichtig hinzu:

„Wenn ich wirklich imstande bin, Ihnen irgend einen Wunsch erfüllen zu können, so wissen Sie im vornherein, daß ich das gern und freudig tun werde.“

„Sie sind ein Charakter von seltenem Edelmut. Davon habe ich die Überzeugung erlangt, denn selbst damals, als ich Sie auf das bitterste kränkte, hörten Sie nicht auf, für mich zu sorgen, und die angenehme Lage, in der ich mich heute befinde, habe ich einzig und allein nur Ihnen zu danken. Sie können großmütig und uneigennützig handeln, daran zweifle ich nicht, aber ob Ihr Edelmut auch so weit geht, mir für all das Uebel, das ich Ihnen angetan habe, volle und aufrichtige Verzeihung zu gewähren, darauf wage ich nicht zu hoffen, und doch ist dies der Inhalt meiner Bitte.“

„Ich konnte meine Antwort von früher wiederholen,“ erwiderte Robert, „und sagen, Sie haben mir für nichts zu danken, und

ich habe Ihnen nichts zu verzeihen. Wenn einer von uns beiden in jener Zeit, an die Sie mich erinnern, ein Unrecht beging, so bin ich es, und ich selbst trage allein die Schuld an der Demütigung, die mir damals verbittert zuteil wurde. Sie haben eine männliche Überlegenheit und gereifte Klugheit in einer Zeit bewiesen, wo es mir an diesen Eigenschaften vollständig gebrach. Heute sehe ich das wohl ein, und Sie beschämen mich, wenn Sie mich an meine unüberlegten Handlungen erinnern. Im Gegenteil, ich habe Ihre Verzeihung für meine letzte Tollheit zu erbiten, an welche ich, ohne vor Scham und Unwillen über mich zu erlösen, gar nicht denken kann. Lassen wir also die Vergangenheit begraben sein und sprechen wir nicht von Dingen, deren Erinnerung mich schmerzhaft berührt, und auch für Sie wieder angenehm noch interessant ist.“

„Sie irren, lieber Freund,“ sagte Olga, „sprechen wir von damals und nur von damals und vergessen wir die Zeit, die zwischen dem Tode meiner Mutter und heute liegt. Sie stellen damals eine Frage an mich, die ich unter dem Druck einer leicht verzeihlichen persönlichen Verstimmung mutlos und verzweifelt verneinte. Ich nehme nun an, daß sich Ihre Gesinnung seit damals nicht gegenwärtig nicht geändert hat und ich komme heute freiwillig zu Ihnen, um Sie zu fragen, ob Ihnen der Befehl eines eiteln Mädchens voller Schwächen und Fehlern noch wertvoll erscheint und wenn Sie diese Frage bejahen, so will Ihnen dieses Mädchen eine treue und sorgsame Gattin werden.“